

Prüfantrag zum Ausschuss für Stadtentwicklung, Klima und Mobilität am 12.03.2026

Einführung eines Bürgerbusses als ergänzendes Mobilitätsangebots zu Randzeiten und an Feiertagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Meyer,
sehr geehrte Ausschussmitglieder,

hiermit stellen wir den Antrag zur grundsätzlichen Prüfung der Einführung eines Bürgerbusses in Frankenthal.

Ein **Bürgerbus** kann eine wichtige **Ergänzung zum bestehenden ÖPNV** darstellen. Problematische Situationen mit oder gar ein Mangel an Mobilitätsangeboten gibt es in **Randzeiten**, etwa an Wochenenden, in den Abendstunden sowie an Feiertagen wie Weihnachten, Ostern oder anderen gesetzlichen Feiertagen, an denen der reguläre ÖPNV häufig nur eingeschränkt oder gar nicht verkehrt. Gerade in diesen Zeiträumen besteht für **ältere, mobilitätseingeschränkte oder nicht motorisierte Menschen** ein erhöhter Bedarf an Transportmöglichkeiten.

Die **demografische Entwicklung**, insbesondere der Anteil älterer Menschen ohne eigenes Fahrzeug, sowie die eingeschränkte Anbindung der Vororte an den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) machen alternative Mobilitätsformen erforderlich. Ein Bürgerbus kann dabei große Unterstützung bieten um die **Mobilität der Senioren sowie mobilitätseingeschränkten Personen jeden Alters** zu ermöglichen bei:

- kirchlichen oder kulturellen Veranstaltungen an Feiertagen,
- familiären Besuchen, insbesondere an Weihnachten und Ostern,
- Fahrten zu Bahnhöfen oder überregionalen Anschlüssen,
- sozialen Treffpunkten zur Vermeidung von Isolation.

Ein Bürgerbus kann hier als **flexible, gemeinwohlorientierte Ergänzung** zum bestehenden ÖPNV eingesetzt werden. Ziel ist es, **Mobilitätslücken** insbesondere in verkehrsschwachen Zeiten zu schließen, **soziale Isolation zu vermeiden** und die gleichwertigen Lebensverhältnisse in allen Ortsteilen sicherzustellen.

Wir bitten die Verwaltung, folgende Punkte zu prüfen und die Ergebnisse in einem abschließenden Bericht darzustellen:

1. **Darstellung** der bestehenden Mobilitätsangebote in erster Linie in den aufgezeigten Randzeiten
2. **Kostenschätzung** inklusive Investitions- und Betriebskostenrechnung unter Berücksichtigung der Anschaffungskosten (ein oder mehrere Fahrzeuge, Neu- oder Gebrauchtfahrzeug, elektrische Fahrzeuge), laufende Betriebskosten, Personalkosten bzw. Aufwandsentschädigungen für Ehrenamtler
3. **Fördermittel-Analyse** mit konkreten Antragswegen und zu erwartenden Summen. (Bundes- und Landesförderprogramme für Mobilität >Antrag auf Gewährung einer Zuwendung nach LVFGKom/LFAG)
4. **Organisation**/ Trägerschaftsmodell (Verein, Zweckverband etc.).
5. **Rechtliche Rahmenbedingungen** und Genehmigungswege
6. **Ehrenamtspotenzial** und notwendige **Qualifizierungsmaßnahmen**

Im Namen der FWG-Fraktion



Tanja Mester, Fraktionsvorsitzende



Sabine Merz, Stadträtin